

Leitantrag des XIII. Bundeskongress von die linke.SDS Positionspapier zur Europäischen Union

Die EU als Herrschaftsprojekt: Den breiten Widerstand in Deutschland aufbauen

Die EU ist ein Projekt der wirtschaftlichen Eliten.

Die Europawahlen 2014 werden angesichts der verheerenden Krise, die den europäischen Kontinent durchzieht, besonders in der öffentlichen Aufmerksamkeit stehen. Die Profiteure der Eurokrise „feiern“ – in Deutschland wurde jüngst der eine millionste Millionär gezählt –, während prekäre Arbeit und Niedriglöhne weit in die Gesellschaft ausgreifen.

In der EU leben heute 120 Millionen Menschen unterhalb der Armutsgrenze und 43 Millionen leiden Hunger.

Der Gründung der EU und ihrer Vorgängerorganisationen, EGKS, EWG und EG, lagen vorrangig ökonomische Interessen zu Grunde. Nach 60 Jahren Einigungsprozess ist deutlich geworden, dass sich die Hoffnungen, aus der wirtschaftlichen Integration heraus eine politische Union zu schaffen, bis heute nicht erfüllt haben. Seit ihrer Gründung durch den Vertrag von Maastricht im Jahre 1992, kurz nach dem Zerfall der Sowjetunion und dem Anschluss der DDR, bildet die EU ein neoliberales Projekt der europäischen Eliten. Die neoliberale Politik setzt die EU-Führung durch, indem sie Schwellen- und Entwicklungsländern, z.B. durch Handelsabkommen oder in der WTO, die Deregulierung ihrer Märkte aufdrängt. Die EU setzt nach außen die ausbeuterische Freihandelspolitik ihrer Mitgliedsländer gegenüber den ehemaligen Kolonialgebieten fort.

Nach innen ist der europäische Binnenmarkt in weiten Teilen liberalisiert, freier Wettbewerb durchgesetzt und ein einheitlicher Euro-Währungsraum, ohne sozialpolitische

Ausgleichsmechanismen, geschaffen worden. Durch das Fehlen politischer Regulationsmöglichkeiten werden von Anfang an die ökonomisch starken Großkonzerne der europäischen Zentrumsländer gegenüber den schwächeren Konzernen der Peripherie bevorteilt. Von den Liberalisierungen haben vor allem die großen Multis profitiert. Durch die Einführung des freien Kapitalverkehrs und der Arbeitnehmerfreizügigkeit schuf die EU einen Wettbewerb um niedrige Löhne und Steuern. Auch hier profitieren einseitig die Unternehmen. Die Schaffung des Eurowährungsraums bevorteilt hingegen einseitig die Staaten des europäischen Zentrums. Der Euro ist ein Projekt der europäischen Eliten, die endlich wieder eine größere Rolle in der Weltpolitik spielen wollen. Eine wirtschaftliche Regulierung ist nicht vorgesehen – und wenn nur im Interesse des Kapitals. Die Ideologie des freien Marktes war der Baumeister dieser EU. Eine demokratische Wirtschaftssteuerung ist durch den Vertrag von Lissabon bewusst ausgeschlossen worden.

In der öffentlichen Debatte werden Europa und die Europäische Union (EU) häufig undifferenziert gleichgesetzt. Dadurch erweckt jede Kritik an der EU den Anschein gleichermaßen eine Kritik an dem Gedanken eines friedlichen, geeinten Europas zu sein. Nicht zuletzt der Jugoslawienkrieg im Jahr 1999 zeigte, dass die EU niemals tatsächlich das friedliche und einende Projekt darstellte, das von ihren Gründer_innen proklamiert worden ist.

Die EU ist eingebettet in das NATO-Kriegsbündnis und tötet in weiten Teilen der Welt (Afghanistan, Elfenbeinküste, Irak, Libyen, Syrien). Selbst an ihren Grenzen innerhalb Europas schreckt die EU vor Krieg als Mittel der Politik nicht zurück. Die erschreckenden Vorkommnisse in Lampedusa erinnern daran, dass Tausende Menschen, die aus ihren Herkunftsländern vor dem von den imperialistischen Zentren hervorgebrachten Elend fliehen, jedes Jahr vor der Festung Europa ertrinken, weil sie hier als nicht nützlich für die Ausbeutung betrachtet werden. Im Kontrast zum eigenen Anspruch werden Menschen aufgrund ihrer Herkunft und wirtschaftlichen Stellung dem Tod preisgegeben. Und selbst die, die es „geschafft“ haben, werden in Europa diskriminiert, kriminalisiert, inhaftiert, entmündigt und abgeschoben. Das brutale Austeritätsregime, das in Griechenland im Zuge der drohenden Staatspleite installiert wurde, zeigt, wie unsolidarisch die EU-Politik gegenüber ihrer eigenen Bevölkerung ist. Eine demokratische Diskussion um die Krise und eine andere Lösung derselben sind unerwünscht. Die EU war und ist heute einmal mehr ein kriegerisches, unsoziales und undemokratisches Wirtschaftsprojekt.

Warum wir uns als linker hochschulpolitischer Akteur damit auseinandersetzen müssen, ist die Einschätzung, dass die Haltung zur EU-Krisenpolitik, sowie zum neoliberalen Projekt EU, und die Bereitschaft aktiv Proteste in der Gesellschaft aufzubauen, eng miteinander

verknüpft sind. Wer die EU und den Euro um jeden Preis retten will, verliert an Kraft im Widerstand.

Keine Hoffnungen in die Reformierbarkeit der EU. Die Stärkung der europäischen Institutionen bedeutet eine Stärkung deutscher Kapitalinteressen.

Das EU-Parlament hat nicht die demokratische Qualität eines nationalen demokratischen Gesetzgebers. Das Initiativrecht für Anträge und das Einbringen von Gesetzesvorlagen obliegt der Europäischen Kommission, deren Schlüsselpositionen von den stärksten Staaten besetzt sind und deren Zusammensetzung sich demokratischer Kontrolle entzieht. Unter dem Vorwand eine bessere Haushaltsdisziplin der Mitgliedstaaten zu erreichen, wurde eine Wirtschaftsregierung durchgesetzt, die die Souveränitätsrechte der Mitgliedstaaten aushöhlt. Die Volkswirtschaften Griechenlands, Spaniens und Portugals stehen seither unter unmittelbarer Verfügungsgewalt der Troika aus EU-Kommission, EZB und IWF, unter besonderem Einfluss der deutschen Bundesregierung.

In der Euro-Krise wird der Abbau von demokratischen Rechten begründbarer, wodurch sich die neoliberale Wirtschaftspolitik der EU, die weit über nationale Verfassungsrechte hinausgeht, konstituieren lässt. Das Kapital betreibt so durch Privatisierung und Flexibilisierung den Abbau elementarer sozialer Errungenschaften des kollektiven Schutzes der ArbeiterInnenklasse.

Im EU-Verfassungsvertrag wurde eine europaweite Sparpolitik mittels Lohndumping und Sozialabbau festgeschrieben. Der Trend, dass nach und nach mehr hoheitliche Kompetenzen von den Mitgliedstaaten nach Brüssel verlagert werden, wird eher zunehmen. Schließlich war es vor allem die Bundesregierung unter Kanzlerin Merkel, die diesen Prozess vorangetrieben hat, während gleichzeitig die Macht Deutschlands in den Europäischen Institutionen gestärkt werden konnte. Die Forderung nach Stärkung der Europäischen Institutionen ist somit gleichbedeutend mit der Forderung nach der Stärkung Deutschlands in der EU.

Die EU war von Anfang an kein Solidaritätsbündnis, in dem die Nationalstaatlichkeit aufgehoben wurde. An der „guten Idee, deren Umsetzung bislang gescheitert ist“ festzuhalten, bedeutet Illusionen der Reformierbarkeit der EU zu schüren, die unter den gegebenen machtpolitischen Voraussetzungen nicht realistisch sind. Unter dem Deckmantel der Völkerfreundschaft werden knallharte nationale Machtinteressen durchgesetzt. Daher ist es verfehlt, noch Hoffnungen in die Reformierbarkeit der EU zu legen.

Kritik an der EU muss von links statt von rechts kommen.

"Die Griechen leiden, die Deutschen zahlen, die Banken kassieren", war ein Wahlslogan der neu gegründeten Protestpartei Alternative für Deutschland (AfD). Dieser neoliberalen Partei ist es im vergangenen September mit über zwei Millionen Wählerstimmen beinahe gelungen in den Deutschen Bundestag zu gelangen und sie droht bei den kommenden Europawahlen erstmals in ein Parlament einzuziehen. Bei Politikfeldern wie Einwanderung, Familie und Bildung wird deutlich, dass es sich bei der AfD um eine „gewöhnliche“ rechtskonservative Partei mit rassistischen und sozialchauvinistischen Deutungen und Antworten auf soziale und politische Polarisierung handelt. Speziell in der Europa-Frage nutzt sie wie andere Anti-Europa-Parteien die dramatischen sozialen Auswirkungen der Austeritätspolitik, um ihrerseits einer stärker auf die imperialistische Eigenständigkeit der BRD gebaute neoliberale Politik zu betreiben. Leider ist sie auch die Antwort darauf, dass DIE LINKE in der EU-Frage zwischen Kritik und Anpassung schwankt und die Merkelsche Krisenpolitik defensiv und legitimatorisch beantwortet.

Forderungen, wie die nach dem Austritt aus dem Euro, sind nicht per se nationalistisch. Nationalistisch ist es, den EU-Ländern radikale Kürzungspakete aufzulegen, die die Vorherrschaft Deutschlands in der EU zur Folge haben. Nationalistisch wäre es daher, die EU-Institutionen zu stärken und damit das Gewicht Deutschlands in der EU.

Wir wollen ein Europa der Klassenkämpfe von unten. Kampf gegen die Austerität: das Kapital soll zahlen, nicht die Arbeiterklasse!

Anstatt darauf zu setzen, dass „die Zivilgesellschaft die nationalen Scheuklappen ablegt“ oder sich irgendwann „im EU-Parlament die Vernunft durchsetzt“ und das Kräfteverhältnis stark genug ist, um emanzipatorische Forderungen, wie eine Transferunion in Form eines europäischen Solidarmodells, durchzusetzen, müssen wir auf ein Europa des Klassenkampfes setzen.

Der Druck von unten ist das einzige Mittel, das wir haben, um soziale Ansprüche zu erkämpfen. Die EZB, EU-Kommission und der IWF verfolgen eine harte Agenda der Austeritätspolitik, die europaweit zur Senkung der Löhne und Sozialausgaben führt, um die Profite der Unternehmen zu steigern und die Anlagen in Staatseinleihen auf dem Kapitalmarkt zu sichern. Griechenland war erst die Blaupause für die Umstrukturierung der EU-Länder zu einem autoritären Wettbewerbseuropa. Die Schwächung der Gewerkschaften, der Angriff auf den Wohlfahrtsstaat, die Kürzung der Löhne und Renten, die Ein-

schränkung demokratischer Rechte sind die Vorzeichen und ein Vorbild für das, was auch den Mittel- und Unterschichten in Deutschland und anderswo blüht. Europa soll fit gemacht werden für globale Auseinandersetzungen. Auf der Strecke bleiben weite Teile der Bevölkerung. Den Kampf gegen dieses Europa der Eliten müssen wir gemeinsam führen, in der Hochschule, den Betrieben und auf der Straße.

Die Linke (groß und klein geschrieben) muss den gesellschaftlichen Kampf von unten zu ihrer Strategie machen, um eine Antwort auf die aktuell herrschende Krisenlösung zu haben, die die Arbeiter_innen, Studierenden und sozial Schwachen für die Krise zahlen lassen will. Unter dem Slogan „Wir zahlen nicht für eure Krise“ müssen wir den Kampf um Umverteilung gemeinsam führen, als die „99%“, die von den Folgen der Austeritätspolitik der dominierenden Eliten betroffen sind.

Die durch steigenden Lohndruck und den Abbau von Sozialleistungen verursachte wachsende Prekarisierung betrifft verstärkt Frauen, da diese besonders häufig im Niedriglohnsektor, in Leiharbeit oder Teilzeit arbeiten und vermehrt von staatlichen Sozialleistungen abhängig sind. Die Kürzung öffentlicher Dienst- und Versorgungsleistungen führt zu einem Anstieg der häuslichen und familiären Fürsorge- und Reproduktionsarbeit, die noch immer hauptsächlich auf Frauen abgewälzt wird. Frauen tragen folglich einen immensen Anteil der Kosten und Risiken neoliberaler Politik, was zu deutlichen Rückschritten der gesellschaftlichen Geschlechtergleichstellung führen wird.

Als Teil der Kommerzialisierung von Bildung und Leben stehen wir auch an den öffentlichen Hochschulen übermäßigen Kürzungen und damit der deutlichen Verschlechterung der Studien- und Lehrbedingungen gegenüber. Die Unterfinanzierung des Bildungsektors führt allgemein zu überfüllten Seminaren, inhaltlicher Verengung und Zugangsbegrenzung des Lehrangebots, was gepaart mit hohem Prüfungszwang und sozialem Druck einen starken Anstieg psychischer Erkrankungen verursacht. Das Bafög ist an die Regelstudienzeiten gekoppelt, sodass viele Studierende sich während ihrer Studienzzeit verschulden, einen oftmals prekären Job annehmen oder häufig sogar mehreren Tätigkeiten nachgehen müssen.

Die makroökonomischen Ungleichgewichte in der EU, die sich besonders in der wirtschaftlichen Überlegenheit der deutschen exportorientierten Industrie ausdrücken, gehen einher mit einem verhältnismäßig höheren Lebensstandard der dort Beschäftigten. Gleichzeitig aber findet durch Leih- und Teilzeitarbeit sowie befristete Beschäftigungsverhältnisse eine Spaltung des Arbeitsmarktes in prekär und nicht-prekär statt, wodurch nicht zuletzt Arbeitskräfte gegeneinander ausgespielt werden. Die Sozialpartnerschaft der Gewerkschaften mit den Arbeitgebern bringt ein geringes Niveau von Klassenkämpfen

hervor. Dagegen jedoch gibt es starke Bewegungen und politische Radikalisierung gerade in den südeuropäischen Ländern, aber auch in der BRD wachsen zarte Pflänzchen des Widerstands, z.B. in den Gewerkschaften und Blockupy.

Wir müssen jetzt Mindestlöhne erkämpfen, für höhere Renten- und Sozialstandards streiten, sowie die Einführung der Finanztransaktionssteuer und eine deutliche Erhöhung des Spitzensteuersatzes, der Unternehmenssteuer, Millionärssteuer und Erbschaftssteuer fordern, damit endlich die Verursacher für die Finanz- und Wirtschaftskrise zahlen!

Der Widerstand gegen die zunehmende Enteignung der breiten Bevölkerung und der Streit für soziale Forderungen beginnen lokal und bewegen sich maßgeblich im politischen Gesetzesrahmen von Nationalstaaten. Diese Kämpfe müssen stets europäische und darüber hinaus internationale Vernetzung finden. Nur eine europaweite Stärkung der Linken, der Aufbau eines europäischen Studierendenverbandes und einer handlungsfähigen europäischen Großgewerkschaft, kann eine europäische Alternative zur EU entwickeln.

Der Kampf gegen die Krise ist der Kampf gegen den Kapitalismus!

So wichtig all diese Forderungen sind, mittels derer die Arbeiterklasse ihre Interessen verteidigt, so deutlich ist auch, dass alle Reformen im Rahmen eines kapitalistischen Systems ihre Grenzen haben. Schwere Wirtschafts- und Finanzkrisen, die nicht selten in gesamtgesellschaftliche Krisen führen, sind einem System immanent, das nicht auf den Nutzen aller, aber den Gewinn weniger ausgerichtet ist. Unser Ziel ist eine Gesellschaftsform, in der die Profitlogik des Kapitals durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel gebrochen und aufgehoben wird.

In dieser Gesellschaft wollen wir solidarisch und gleichberechtigt, statt kriegerisch und diskriminierend miteinander leben. Für diese sozialistische Gesellschaft treten wir ein und wollen sie gemeinsam mit den Studierenden und Arbeiter_innen Europas erkämpfen.

Europawahl zur Mobilisierung nutzen.

Ein Parlament ist nie der zentrale Motor einer sozialistischen Gesellschaftstransformation. Das gilt insbesondere für das Europaparlament. Es hat selbst gegenüber klassischen bürgerlichen Parlamenten wenig Einfluss, da es kein Gesetzesinitiativrecht hat. Es kann lediglich Vorlagen der Kommission zustimmen oder widersprechen. Außerdem besteht gegenüber dem Europaparlament praktisch keine dauerhafte Öffentlichkeit.

Dadurch fällt eines der taktischen Hauptarbeitsfelder für die Linke im Parlament weg: Sie kann es nichtmehr offensiv und öffentlichkeitswirksam als Tribüne, ob durch Reden oder durch Gesetzesvorschläge nutzen. Es bleiben in der täglichen Parlamentsarbeit also nur die defensiven Werkzeuge. Zum einen die Möglichkeit gegen unsoziale und undemokratische Maßnahmen zu stimmen und so eine Verabschiedung möglicherweise zu verhindern, zum anderen das Nutzen der durch das Parlament bereitgestellten Ressourcen. Das können Gelder, zur politischen Arbeit frei gestellte Personen oder die Beschaffung von Informationen für die parlamentarische und außerparlamentarische Arbeit sein. Das Parlament kann daneben immer ein Ort der Vernetzung mit anderen europäischen Linksparteien sein.

Trotz dieses ernüchternden Bildes der Möglichkeiten des Europaparlaments ist es sinnvoll sich an der Wahl zu beteiligen. Einerseits bietet es die oben angesprochenen knappen Mitteln für eine radikale linke Politik im Parlament. Andererseits öffnet sich im Vorfeld der Europawahl im Mai ein schmaler Korridor der öffentlichen Wahrnehmung europäischer Politik. Diesen Korridor müssen wir nutzen um unsere Kritik an der EU des Kapitals in die Öffentlichkeit zu tragen. Das soll hauptsächlich geschehen durch eine gut vorbereitete Wahlkampagne. Sie soll einen Zusammenhang zwischen real erlebten Verschlechterungen der Lebensbedingungen und der Austeritäts- und "Schuldenbremsen"-Politik herstellen. Außerdem soll sie im besten Sinne aufklärend über die Situation Europas wirken. Ergänzt wird die Wahlkampfzeit durch ein aktives Engagement bei Blockupy, das eine andauernde Kampfperspektive über das Parlament hinaus liefert.